

Vom Schuttabladeplatz zum internationalen Dokumentationszentrum

DIE UNENDLICHE GESCHICHTE DER »TOPOGRAPHIE DES TERRORS«

Gerhard Schoenberger

Im GedenkstättenRundbrief Nr. 2/1983 berichtete der Redakteur des Rundbriefs Thomas Vogel über das Prinz-Albrecht-Gelände. Er wies darin auf »einen Wettbewerb zur Gestaltung des Geländes, auf dem das Prinz-Albrecht-Palais stand« hin, wie der Titel schon sagt, war an eine Grünanlage mit einem künstlerischen Monument gedacht, an dem dann zuweilen feierliche Gedenkstunden abgehalten werden könnten. Gegen diese Pläne gründete sich der Verein »Aktives Museum«, der sich statt dessen für eine Gedenkstätte mit Ausstellung, Archiv und einem Kommunikationsraum einsetzt.

Am 2. Juli 1987 wurde unter der Ägide der Berliner Festspiele und mit wissenschaftlicher Leitung des Historikers Reinhard Rürup eine Dokumentation zur Geschichte dieses Geländes, auf dem sich die Zentralen des nationalsozialistischen Terrorapparates befunden haben, eröffnet. Nachdem diese 1993 in eine Stiftung überführt wurde, ist im Augenblick der Neubau für ein internationales Dokumentationszentrum im Gange. Gerhard Schoenberger, in den achtziger Jahren Vorsitzender des Vereins Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V., stellt sich der Frage, welche Bedeutung die Topographie des Terrors in der Wandlung der Gedenkkultur im Zentrum der Bundeshauptstadt eingenommen hat.

Der Beitrag von Thomas Vogel aus dem Jahre 1983 hält einen dramatischen Augenblick in der Auseinandersetzung um das sogenannte Gestapo-Gelände fest. Es handelt sich um die Momentaufnahme aus einem noch laufenden Film, dessen Happy End nach wie vor aussteht. Um den Fall verständlich zu machen, muss man die Entwicklungslinien in die Vergangenheit und in die Gegenwart verlängern. Dank der Aufmerksamkeit des Berliner Verfassungsschutzes, der über die Aktivitäten z.B. des Aktiven Museums alle Unterlagen sammelte, war es möglich, Aktenlücken zu schließen und die Vorgeschichte fast lückenlos zu rekonstruieren.

Was einem bei der neuerlichen Lektüre der alten Papiere als erstes auffällt, ist die große Ähnlichkeit mit einem anderen Prozess, dessen Verlauf ich vor einigen Jahren einmal durchbuchstabiert habe: Die Entstehungsgeschichte der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz, die nach über einem Vierteljahrhundert vergeblicher Kämpfe und vorübergehender Vergessenheit schließlich 1992 doch noch eröffnet werden konnte.¹

Das zweite ist die frappierende Entdeckung, dass die Überlegungen zum Konzept nach Jahren kontroverser Debatten am Ende wieder auf die Vorschläge zurückkommen, die an ihrem Anfang standen, aus fehlender Einsicht oder wegen politischer Widerstände damals aber nicht durchzusetzen waren.

»Man kann hier Schilder hinstellen, neben den Gropiusbau, und hinschreiben:

»Hier liegt ein Ort der nicht angenommenen deutschen Geschichte« (...).«

Wolfgang Scheffler, 1986²

Wie viel vergebliche Anstrengungen, wie viele immer neue Anläufe und Hoffnungen, welche Umwege und Auseinandersetzungen, wie viel Verlust an Lebenszeit und Energie, bis eine Idee sich endlich durchsetzt und reale Gestalt annimmt, wenn es niemand mehr für möglich hält! Was den Beteiligten über lange Jahre hinweg als ein Laufen im Kreis erscheint, erweist sich in der Rückschau als eine spiralförmige Bewegung, die zwar in steter Wiederholung immer wieder auf bestimmte Widerstände stößt, aber am Ende doch ihr Ziel erreicht. Zweimal habe ich diesen mühseligen Prozess durchlaufen, der erheblichen Eigensinn und einen sehr langen Atem erfordert, nach Wannsee noch ein weiteres Mal mit jenem Projekt, von dem hier die Rede sein soll.

Wir sprechen von dem Areal am Ende der Wilhelmstraße, auf dem die Zentrale des NS-Terrors, das RSHA, die Reichsführung-SS und der SD ihren Sitz hatten. Bekanntlich wurden die stark zerstörten Gebäude in den fünfziger Jahren sämtlich abgerissen, obwohl zumindest eines von ihnen, das Haus der früheren Kunstgewerbeschule, die berühmte Prinz-Albrecht-Str. 8, weniger beschädigt war als das daneben liegende Kunstgewerbemuseum, das wieder aufgebaut wurde. Wäre das Gebäude erhalten worden, hätte es sich als idealer Platz für ein künftiges Museum über diesen historischen Ort angeboten und der Stadt Berlin viel Ärger und Kosten erspart.

Man hat die Tabula-rasa-Methode der Nachkriegszeit, die systematisch und fast vollständig alle Spuren vernichtete, nach denen wir Jahre später mühsam suchten, aus dem Wunsch nach Verdrängung der NS-Vergangenheit erklärt. Hier ist allerdings anzumerken, dass dieses Vorgehen, das übrigens jenseits der Mauer seine spiegelbildliche Entsprechung fand, auch bei Verfolgten und Antifaschisten auf keinen Protest stieß. Widerstandskämpfer wie der Dramatiker Günther Weisenborn und der Regisseur Falk Harnack, zwei inzwischen verstorbene Freunde, haben bezeugt, dass auch sie und ihre Genossen sich nach dem Krieg für diesen Ort nicht mehr interessierten; man hatte damals andere Prioritäten. So kam es, dass sogar das Zellengefängnis, das die SS in den früheren Bildhauerateliers des Souterrains eingerichtet hatte, und dessen Mauern mit Sicherheit letzte Spuren seiner später hingerichteten Insassen aufwies, wie wir sie im Keller des Kölner Gestapo-Hauses heute noch besichtigen können, der Abrissbirne zum Opfer fiel.

Jahrzehnte vergingen, bis der Stadthistoriker Dieter Hoffmann-Axthelm Ende der siebziger Jahre an die Geschichte des vergessenen Geländes erinnerte, auf dem sich inzwischen eine Erdverwertungsfirma und ein Autodrom niedergelassen hatten.

1980, als das frühere Kunstgewerbemuseum, heute als Gropiusbau bekannt, für die große Preußen-Ausstellung restauriert wurde, meldete sich die Internationale Liga für Menschenrechte zu Wort. In einem Offenen Brief machte sie den Innensenator darauf aufmerksam, dass auf dem Nachbargrundstück die Gestapo-Zentrale ihren Sitz hatte und forderte, durch einen Gedenkstein oder eine Tafel (!) an diesen Ort des braunen Terrors und seine Opfer zu erinnern. Auch die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten bat im Namen weiterer Verfolgtenverbände bescheiden, »dem berechtigten Wunsch der überlebenden Opfer (...) durch Einplanung einer Gedenkstätte (Mahnmal) bei dem Straßenbau Rechnung zu tragen«. Dazu muss man wissen, dass die Stadtplanung über das Gelände, das sie zunächst als Landeplatz für Helikopter vorgesehen hatte, nunmehr eine Schnellstraße legen wollte. Auf den Gedanken, das ganze Areal als Gedenkort zu fordern, kam niemand.³

Wie nah man schon einmal dem Konzept einer Lösung war, um die in den Folgejahren erbittert gestritten wurde, zeigt ein Antrag der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordneten-



Aktion »Nachgegraben auf dem ehemaligen Gestapo-Gelände« des Vereins Aktives Museum Faschismus und Widerstand und der Berliner Geschichtswerkstatt, 8. Mai 1985. Foto: Hans-Peter Stiebing/Aktives Museum



Das seit 1987 genutzte provisorische Ausstellungsgebäude während der archäologischen Bodenuntersuchungen. Im Vordergrund die Mauerfundamente für den Hof des Hausgefängnisses der Gestapo, 1997. Foto: Hans D. Beyer/Stiftung Topographie des Terrors

haus zwei Jahre später, der in Hinblick auf den bevorstehenden 50. Jahrestag des 30. Januar 1933 ein Mahnmal für alle Opfer des NS-Terrors forderte, verbunden mit einer Ausstellungs- und Forschungsstätte, in deren Zentrum die Shoah stehen sollte. Der Antrag fand die Zustimmung aller Parteien, aber die Senatsvorlage vom Juni desselben Jahres sah nur noch ein Mahnmal vor. Es sollte auf dem Grundstück des zerstörten Prinz-Albrecht-Palais errichtet, das übrige Gelände unbebaut belassen werden. Die Forschung wollte man an das gerade gegründete Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität delegieren, die Dokumentation an das damals im Gropiusbau geplante national-historische Museum. (Die Darstellung der NS-Willkür- und Terrorherrschaft und die Würdigung der Opfer sollte dort, so hieß es, breiten Raum einnehmen, das Museum insgesamt aber deutsche Geschichte der letzten zweieinhalbtausend Jahre mit ihren positiven und negativen Aspekten zeigen.⁴⁾

Ein Hearing und eine öffentliche Anhörung des Senats zur Vorbereitung eines Wettbewerbs zur Gestaltung des »Prinz-Albrecht-Palais-Geländes«, wie das Areal von Himmlers ehemaligem Hauptquartier hartnäckig genannt wurde, führten zu keiner Korrektur der einmal getroffenen Entscheidung.

Ein gleichzeitig laufender Streit zwischen Senat und Kulturrat über das Programm zum Gedenkjahr 1933–1983 und seine Finanzierung verhärtete die Fronten und schärfte das Bewusstsein für die Notwendigkeit, staatliche Veranstaltungen durch bürgerschaftliche Initiativen zu ergänzen und die Auseinandersetzung mit dem NS-System nicht nur zu einem festgelegten Datum, sondern als Daueraufgabe zu betreiben.

Ende April 1983 legte ich den im Kulturrat zusammengeschlossenen Verbänden im Namen einer Initiativgruppe den »Vorschlag zur Gründung eines Aktiven Museums« vor. In dem Papier hieß es: »Eine Gedenkstätte, die diesen Namen verdient, kann nicht nur Mahnmal sein, sondern muss im Sinne politischer Aufklärungs- und Bildungsarbeit aktiv werden (...). Sie sollte, um ihre Aufgabe zu erfüllen, Archiv, Ausstellungs- und Arbeitsstätte, Veranstaltungs- und Kommunikationszentrum zugleich sein.« Und an anderer Stelle: »Die künftige Gedenkstätte an der Prinz-Albrecht-Straße – welche künstlerische und architektonische Gestalt sie auch finden wird – muss ein aktives Museum als integralen Bestandteil mit einschließen. Ein Mahnmal, zu dem jeder Besucher politisch und historisch beliebige Bezüge herstellen kann (...), wäre vielleicht politisch opportun, widerspräche aber dem Sinn einer solchen Gedenkstätte: Ein Verzicht, die konkreten historischen Tatsachen beim Namen zu nennen, die diesem Ort seine Geschichte geben, erlaubt nicht nur jedem, sich vorzustellen, was er mag, und den naheliegenden Ausflüchten des Gewissens nachzugeben. Er verstellt gleichzeitig auch jede Einsicht in die gesellschaftlichen Wurzeln der NS-Herrschaft und ihrer Verbrechen.«⁵

Auch der neue pädagogische Ansatz, der später im Haus der Wannsee-Konferenz zur Methode der Bildungsarbeit entwickelt wurde, ist hier bereits vorformuliert. Ausgehend von den eigenen Bedürfnissen und Interessen der Besuchergruppen sollte die Themenwahl erfolgen, passives Lernen abgelöst werden von aktiver Partizipation.

Eine Woche vor Beginn des Wettbewerbs, Mitte Juni, wurde der Verein gegründet. Mitglieder dieser Bürgerinitiative wurden zahlreiche Berliner Verbände sowie viele Einzelpersonlichkeiten.

Der vage und widersprüchliche Ausschreibungstext zum Wettbewerb ließ viele Fragen offen. Misstrauen erweckte das Wort Totalitarismus, weil es die Befürchtung nahe legte, hier solle der konkrete Bezug zum NS-Regime relativiert werden.

»Schwierigkeiten machte die Forderung nach Vereinbarung des Unvereinbaren, denn eine Gedenkstätte für die Opfer war gewünscht, aber auch ein Freizeitpark für die Kreuzberger Bevölkerung. Völlig offen blieb, welcher Aufgabe man Vorrang einräumte, bzw. ob man beide für gleich wichtig hielt. Der Text, so mussten die Ausschreiber sich sagen lassen und öffentlich zugeben, war nicht zu Ende formuliert. Juroren und Berater verlangten denn auch schon auf der konstituierenden Sitzung, der durch den historischen Ort vorgegebenen Aufgabenstellung Priorität zu geben.«⁶

Unter dem Eindruck der Kritik, die sich auf dem Rückfrage-Colloquium fortsetzte, gaben die Auslober in allen entscheidenden Punkten nach und einigten sich auf Erklärungen, die praktisch auf eine Aufhebung der publizierten Wettbewerbsbedingungen hinausliefen. Weder die Nichtbeachtung der Auflagen (Kinderspielplätze, Parkplätze) noch die Erweiterung der Aufgabenstellung (ein Aktives Museum) noch die Überschreitung



Lehrlinge helfen im Rahmen einer Aktion des Zentralverbands des Deutschen Bauhandwerks bei der Einrichtung der Open-Air-Ausstellung, 1998. Foto: Hans D. Beyer/Stiftung Topographie des Terrors



*Open-Air-Ausstellung
»Topographie des
Terrors«,
die seit 1998 besteht.*





*Baustelle Neubau Stiftung Topographie des Terrors vom Dach des Martin-Gropius-Baus aus gesehen, 1998.
Im Foto links: Open-Air-Ausstellung,
darüber Reste der Berliner Mauer.
Fotos: Hans D. Beyer/Stiftung Topographie des Terrors*

des vorgeschriebenen Budgets (12,3 Millionen DM) sollten ein Ausschlussgrund sein, entscheidend allein die Qualität und Überzeugungskraft des Entwurfs.

Der dringliche Rat, den Teilnehmern ein Informationspapier über Organisationsstruktur und Tätigkeitsgebiete der Terrorapparaturen zu geben, die hier ihren Sitz hatten, aber auch Unterlagen über die Gestaltung vergleichbarer Orte im Ausland, wurde nicht befolgt.

Die Folgen zeigten sich an den eingereichten Entwürfen. Sie schwankten nicht nur unentschieden zwischen Gedenkstätte und Erholungspark, sondern spiegelten auch die Ungenauigkeit der Vorstellungen vom Thema wieder. Unkenntnis der historischen Fakten, Mangel an Geschichtsbewusstsein und Beziehungslosigkeit zum Gegenstand waren unübersehbar. Leere Theatralik und dumpfe Beklemmung dominierten. Es war, wie der Präsident der internationalen Jury, Prof. Eberhard Roters, es im Rückblick 1986 nannte, »ein niederschmetterndes Ergebnis«. Für unsere Initiative war es ein politischer Erfolg, dass mehr als zwei Drittel der rund 200 eingereichten Entwürfe die Idee eines aktiven Museums aufgegriffen hatten, darunter auch der erste Preisträger, der eine Versiegelung des Geländes mit Metallplatten vorschlug, auf denen NS-Dokumente reproduziert werden sollten. Anfang Dezember teilte der Regierende Bürgermeister, der z.Zt. des Wettbewerbs noch nicht im Amt war, ihm auf Anfrage mit, dass sein Entwurf nicht ausgeführt würde; das machte die späteren Ausgrabungen möglich.

Danach entstand eine Pause, man plädierte für eine »Phase des Nachdenkens ohne Termindruck.« Die Debatten in der Stadt über die Zukunft des Geländes gingen weiter und sorgten dafür, dass das Thema auf der Tagesordnung blieb. Das Aktive Museum, dessen Anträge auf institutionelle und Projektförderung ebenso abgelehnt wurden, wie auf provisorische Unterbringung in leerstehenden Räumen des benachbarten Deutschlandhauses, veranstaltete zum 8. Mai 1985 auf dem Gestapogelände eine symbolische Aktion »Nachgegraben«.

Zeitgleich mit dem der US-Regierung abgepressten Spektakel von Bitburg, das dem deutsch-französischen Versöhnungstreffen in Verdun 1984 nachgebildet war und eine Analogie auch in der Sache suggerieren sollte, wurde hier an den Charakter dieses historischen Orts erinnert und die von der SPD bereits ein Jahr zuvor vergeblich erhobene Forderung nach archäologischer Freilegung und Sicherung der noch vorhandenen Gebäudereste erneut erhoben.

Eine Große Anfrage der AL-Fraktion blieb ohne Ergebnis. Welche Pläne der Berliner Senat für das Gelände hatte, war unklar. Die Meldungen, dass hier das Deutsche Historische Museum seinen Platz finden und das Prinz-Albrecht-Palais wieder aufgebaut werden sollte, sorgten für Unruhe. In der Verwaltung hielt man weiter an den verfehlten Prämissen fest, die schon den Fehlstart des Wettbewerbs verursacht hatten, und plante eine Kleinparzellierung des Geländes mit Erholungspark, Kinderspielplatz, Denkmal und Parkplatz, um allen Wünschen gerecht zu werden.

Im Dezember 1985, ein Jahr nach der Absage, wurde mit der »Initiative zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände« ein weiteres Forum gegründet, das über den Kreis des Aktiven Museums hinausging und zahlreiche Persönlichkeiten und Einrichtungen des kulturellen Lebens vereinte. Zu unseren ersten Aktivitäten zählte ein Offener Brief an den Regierenden Bürgermeister. Eberhard Diepgen reagierte umgehend mit der Einladung zu einer Aussprache, die weitreichende Folgen haben sollte. Eine schriftliche Erinnerung an das Haus der Wannsee-Konferenz, dessen Umwandlung in eine Gedenkstätte, wie

in den Jahrzehnten zuvor, anlässlich des 40. Jahrestages der Konferenz erneut gefordert und vom Senat, der sich zu diesem Zeitpunkt dem Gestapogelände zugewandt hatte, abgelehnt worden war⁷, wurde überraschend positiv aufgenommen. Wie sich herausstellte, hatte man diese Orte bislang als austauschbare Alternativen gesehen. Die Begründung, warum beide die gleiche Aufmerksamkeit verdienen, war rasch akzeptiert. Der Regierende Bürgermeister machte sich den Gedanken einer Trias der Berliner Gedenkstätten zu eigen, zu der auch die Gedenkstätte Deutscher Widerstand zählte, und vertrat diese Position von nun an auch in der Öffentlichkeit. Nach dem parlamentarischen und administrativen Vorlauf konnten wir 1988 mit den Vorarbeiten beginnen, zum 50. Jahrestag der Wannsee-Konferenz wurde das Haus der Öffentlichkeit übergeben. Die Auseinandersetzungen über das RSHA-Gelände gingen weiter.

Die provisorische Herrichtung des Geländes zur 750-Jahrfeier der Stadt, die Freilegung der erhaltenen Bodendenkmäler und der Bau einer Baracke neben dem Gropiusbau, die einen Appendix der dort gezeigten Berlin-Ausstellung, eben die »Topographie des Terrors« zeigen sollte, markierte den Wendepunkt. Es war die Qualität dieser Dokumentation, die Konzentration der von ihr präsentierten Materialien, aber auch ihr großer und anhaltender Publikumserfolg, die keine andere Konsequenz erlaubten, als aus dem Provisorium eine Dauereinrichtung zu machen. Der Fall der Mauer, der das Gelände von der Peripherie ins Zentrum der Stadt rückte, verlieh dem Unterfangen zusätzliches Gewicht. Eine Fachkommission wurde berufen, um ein langfristiges Nutzungskonzept zu entwickeln, Bund und Land nahmen ihre Empfehlungen an. Eine Stiftung wurde gegründet, ein Bauwettbewerb veranstaltet und ein erster Preis vergeben. Am 8. Mai 1995 feierte man in einem Festakt die symbolische Grundsteinlegung. Aber die Euphorie der Stunde hielt nicht an.

Zweimal musste der Baubeginn verschoben werden. Erst 1997 aufgenommen, wurden die Arbeiten schon nach zwei Jahren wieder abgebrochen. Die Baukosten haben sich inzwischen fast verdreifacht, zusätzliche Mittel sind bisher nicht bewilligt. Die Eröffnung wird von Jahr zu Jahr von neuem vertagt. Die Gründe sind ernste Probleme bei der praktischen Umsetzung des vom Senat aus Prestige Gründen forcierten Entwurfs, eine verspätete Überprüfung der bautechnischen Durchführbarkeit ein Jahr nach Baubeginn und unrealistische Kostenschätzungen, von der mangelnden Berücksichtigung der für die künftigen Nutzer unabdingbaren Funktionalität ganz zu schweigen. Die Stiftung der Topographie hat dieses Fiasko nicht zu verantworten, aber sie ist es, die die Folgen zu tragen hat. Die traurige Chronik dieser Ereignisse war im Gedenkstätten Rundbrief und in der Presse nachzulesen, sie muss hier im einzelnen nicht wiederholt werden.

Anzumerken ist nur, dass die Stiftung, deren erste Ausstellung gleichen Namens seit 1987 über zwei Millionen Besucher sahen, im letzten Jahrzehnt, obwohl noch immer ohne Haus, eine ganze Reihe weiterer großer Ausstellungen produziert hat, die mit beachtlichem Erfolg im In- und Ausland gezeigt wurden. Hinzu kommen zahlreiche deutsche und fremdsprachige Publikationen, Vortragsveranstaltungen, wissenschaftliche Symposien und die Koordination der Arbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten in Berlin-Brandenburg und in ganz Deutschland.

Nachzutragen ist allerdings auch, dass sich die Berliner Gedenkstättenlandschaft in der Zwischenzeit fundamental verändert hat. Zwei Projektgruppen verfochten ihre Vorhaben so nachdrücklich, dass Land und Bund, in deren Planung sie nicht vorgesehen waren, sich schließlich zur Übernahme der Kosten entschlossen.

Man erinnert sich: Hatte der Senat an der Prinz-Albrecht-Straße seinerzeit nur ein Denkmal gewünscht, so wollte die Topographie nur ein Haus, weil ihr die Verbindung von Gedenken und Aufklärung, wie sie an vielen Orten im In- und Ausland sich bewährt hat, auf diesem Terrain nicht wünschenswert schien. Die »Perspektive Berlin« nutze diese Lücke. Ihre Forderung nach einem Denkmal war umso leichter abzulehnen, als sie die Widmung einer Opfergruppe vorbehalten wollte, was am Ort der Planungs-zentrale so vieler Verbrechen in jedem Fall deplaciert war.

Aber da kein Alternativprojekt eines Mahnmals für alle Opfer dagegenstand, suchte sich der Kreis einen anderen Platz für sein Vorhaben. Wie er sich am Ende gegen alle Sachargumente durchsetzte, ist eine eigene Geschichte. Die Pression mit dem schlechten deutschen Gewissen besiegte jede bessere Einsicht. Das Resultat wird womöglich noch vor der Fertigstellung des Topo-Baus zu besichtigen sein.

Parallel dazu ist das Jüdische Museum, ursprünglich integraler Teil des Berlin-Museums, in wenigen Jahren zu einem Unternehmen sui generis angewachsen, das bisher mehr Fragen aufwirft als beantwortet. So hat sich im Zentrum der Stadt unvorhergesehen eine ganz neue Trias gebildet, innerhalb derer die Topographie sich nun behaupten muss, wobei die Qualität ihrer Arbeit und ihr Stellenwert im Ensemble der deutschen Gedenkstätten überhaupt nicht zählt.

Festzuhalten ist daher der Sonderfall, den die Topographie in doppelter Hinsicht darstellt. Obwohl die prominente Liste von Berliner Projekten, die Baukostensteigerungen bis zu 100 Prozent aufweisen, lang ist – vom ICC bis zum geplanten Neubau für das DHM –, wird hier weiter blockiert, während für die beiden erwähnten Prestigeobjekte, die längst jeden Kostenrahmen gesprengt haben, offenbar unbeschränkte Mittel zur Verfügung stehen.

Ausgerechnet jene Einrichtung, die als einzige mehr als 13 Jahre erfolgreicher Arbeit und ein schlüssiges Konzept für deren künftige Erweiterung vorweisen kann; die es nicht bei der Erinnerung an die Opfer belässt, sondern sich auf die Täter und ihre Taten konzentriert, das System, das sie möglich machte, und die Gesellschaft, in der es entstand; die schließlich die Befehlszentrale, von der die verbrecherischen Pläne ausgingen, zum Ort und Thema ihrer Arbeit gemacht hat und der daher eine zentrale Rolle in der Gedenkstättenarbeit zukommt: ausgerechnet diese »Topographie des Terrors« muss nach wie vor darauf warten, entsprechend der nationalen Bedeutung und dem internationalen Rang behandelt zu werden, die sie sich bis heute erworben hat.

*Gerhard Schoenberger,
Gründungsdirektor der
Gedenk- und Bildungs-
stätte Haus der
Wannsee-Konferenz,
Berater der beiden
Wettbewerb-Jurys,
1983 zum Denkmal
auf dem »Prinz-
Albrecht-Gelände«,
1993 zum Neubau des
Internationalen
Dokumentations- und
Informationszentrums,
1986/87 bei der
Dokumentation »Topo-
graphie des Terrors«.*

- 1 Vgl. Gerhard Schoenberger: Der lange Weg nach Wannsee. Von der Gründerzeitvilla zur Gedenkstätte, in: Dachauer Hefte 8, Dachau 1992, S. 150–163
- 2 Wolfgang Scheffler während eines Hearings zum Umgang mit dem »Gestapo-Gelände« am 27. Februar 1986. Eine Dokumentation der Akademie der Künste, Berlin 1986, S. 20.
- 3 Vgl. Topographie des Terrors. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung, hrsg. von Reinhard Rürup, Berlin 1987, S. 208–209
- 4 Vgl. Antrag der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, Drucksache 9/339, 18. Sitzung am 11. März 1982. Senatsvorlage Nr. 154 vom 21. Juni 1982, Drucksache 9/649
- 5 Gerhard Schoenberger: Zur Sache, in: Beiträge zur Konzeption, Broschüre des Aktiven Museums, Berlin 1984, S. 7–12
- 6 Gerhard Schoenberger: Prinz Albrecht – Ein deutsches Trauerspiel, in: Berlin, Südliche Friedrichstadt. Gestaltung des Geländes des ehemaligen Prinz-Albrecht-Palais, hrsg. von der IBA, Berlin 1985, S. 33–36
- 7 Aus der Sitzung des Senats, Landespressedienst Berlin, Nr. 108 vom 8. Juni 1982, S. 3